

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 16/18

► Messerstecher im Kommen.

Angriffe mit Stichwaffen haben im vergangenen Jahr und im ersten Quartal deutlich zugenommen. Berichten zufolge tragen immer mehr junge Männer zwischen 15 und 30 Jahren Messer bei sich — leicht zugängliche, kostengünstige Waffen, die lebensgefährliche Verletzungen verursachen können. Polizeigewerkschaften warnen, sprechen von verunsicherten Bürgern. Sie fordern höhere Mindeststrafen. Richter beobachten eine Zunahme von Taten, bei denen Messer schon aus nichtigen Gründen als Waffe eingesetzt werden. Zur Frage, ob junge Männer aus eingewanderten Familien eine größere Rolle spielen, äußern sich Behördenvertreter allerdings nur sehr zurückhaltend. Dabei fällt es offenbar selbst den Systemmedien schwer, auch nur wenige Beispiele ohne einen auffallend hohen Anteil an Tätern mit Migrationshintergrund zu nennen.

► BKA: 760 islamistische Gefährder.

Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden legt interessante aktuelle Zahlen vor. Demnach gelten etwa 760 Personen in Deutschland als islamistische Gefährder. Über 50 Prozent von ihnen befinden sich im Land, 153 in Haft. Gegenüber Mitte Februar wurden die Zahlen nunmehr leicht nach oben korrigiert. Im Gegensatz zur wachsenden Zahl islamistischer Gefährder ist laut Angaben aus Wiesbaden die Terrorbedrohung aus dem linken und rechten Lager merklich gesunken. Das BKA stuft 26 Personen aus der rechten Szene als Gefährder ein, lediglich zwei aus der linken Szene. Nicht erst seit G20 in Hamburg ziehen solche Angaben kontroverse Diskussionen nach sich, wenn auch kaum bei den öffentlichen Meinungsbildnern.

► Cash-Restriktionen durch die Hintertür.

Die Zahl der Anschläge auf Geldausgabeautomaten hat sich in zwei Jahren bundesweit fast verdoppelt. Für die Banken sind die Folgen zwar teuer, doch liefern sie ihnen auch ein Argument, um die Zahl der Automaten zu reduzieren. Wie der Dachverband der deutschen Banken jetzt mitteilte, gab es 2015 in Deutschland noch rund 61100 Geldausgabeautomaten, Ende vergangenen Jahres waren es nur noch knapp 58400. Mit der Reduzierung der Zahl dieser Geräte wird das Zahlen mit Bargeld systematisch erschwert. Offiziell wird der Abbau der Geldautomaten mit dem »Kostendruck« begründet.

► Folgen der Migration.

Im Jahr 2016 hatte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fast jedes vierte in Deutschland geborene Baby eine ausländische Mutter. Aktuell hat jeder Fünfte

hierzulande einen sogenannten Migrationshintergrund. Diese Quote dürfte in den nächsten Jahren signifikant steigen.

► **Globale Journalistenüberwachung.**

Das nach den Anschlägen vom 11. September gegründete US-Heimatschutzministerium (*Department of Homeland Security*, DHS) will bedeutsame »Medien-Beeinflusser« genau unter die Lupe nehmen. Geplant ist, weltweit rund 290.000 Personen zu überwachen, die als Journalisten, Korrespondenten und allgemein als Meinungsmultiplikatoren tätig sind, nicht nur in den traditionellen Medienformaten, sondern auch in den sozialen Netzwerken. Rund 100 Sprachen sollen dabei unmittelbar ins Englische übersetzt werden. Das DHS sucht noch einen Vertragspartner für das mehrjährige Mammutprojekt. Das Ministerium bezeichnete Kritiker des Projekts ohne Umschweife als Verschwörungstheoretiker.

► **Steuergelder für Soros-Kampagne.**

Wie aus einem jetzt per US-Gesetz zur Informationsfreiheit von der Aktivistengruppe *Judicial Watch* erhaltenen Dokument hervorgeht, flossen seitens der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) während der Obama-Administration beinahe neun Millionen US-Dollar in eine politische Reformkampagne für Albanien, hinter der Weltspekulant George Soros steht. Das 32-seitige Papier liefert aufschlussreiche Informationen über die somit auch mit US-Steuergeldern finanzierte *Justice-for-All-Kampagne der Open Society Foundation von George Soros* sowie über eine entsprechende Kooperation mit der US-Behörde. *Tom Fitton*, Präsident von *Judicial Watch*, betont hierzu: »George Soros ist ein Milliardär und sollte keine Steuerzahlerunterstützung erhalten, um seine radikale linke Agenda zur Unterminierung der Freiheit hier bei uns sowie im Ausland zu fördern.«

► **Amazon soll Pentagon-Daten verwalten.**

Donald Trump ist bekanntlich kein Freund von Amazon-Chef *Jeff Bezos*. Wie der US-Präsident unlängst twitterte, zahle Amazon so gut wie keine oder gar keine Steuern und nutze die US-Post als »*Botenjungen*«. Dennoch zitiert *Business Insider* nun eine anonyme Insiderquelle, die von einem Milliardengeschäft zwischen dem Pentagon und Amazon berichtet. Das amerikanische Verteidigungsministerium will demnach die virtuellen Speicherkapazitäten des Unternehmens zur eigenen Datenverwaltung nutzen. Während die US-Behörde ihr IT-System modernisiert, soll Amazon im Laufe der nächsten zehn Jahre sämtliche Daten verwalten und dafür zehn Milliarden Dollar erhalten. Der anonyme Informant erklärt, keine Möglichkeit mehr zu sehen, diese Entwicklung aufzuhalten.

+++

Auf den Punkt gebracht

» *Der Verstand ist wie eine Fahrkarte:
Sie hat nur dann einen Sinn, wenn sie
benutzt wird.*«

Ernst. R. Hauschka (1926-2012), deutscher Aphoristiker und Lyriker